55. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzel-Nummer 10 Pfennig.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 87

Sonnabend, 20. Februar 1926

Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Reichsbannertag in Hamburg.

00 000 Teilnehmer aus dem Reich und aus Oesterreich. — Hamburg in reichem Flaggenschmuck.

Die Eröffnung des Bundestages.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Hamburg, 20. Februar.

it heute morgen wehen in Hamburg überall die Farben der hen Republik. Die grüßen den Bundestag des Reichs- ners Schwarz-Rot-Gold. Zahllose Privathäuser tragen ggenschmuck. Selbst Autos und Droschken und viele en Wagen haben kleine schwarzrotgoldene Wimpel aufgesteckt. n Straßen, vornehmlich am Hauptbahnhof, drängt sich eine fest- Menge. Seit 9 Uhr morgens, in ein- bis zweistündigem Ab- rollt Zug auf Zug mit Reichsbannerkameraden aus allen deut- Gauen im Bahnhof ein. Seit gestern schon weisen etwa Mann in Hamburgs Mauern, die den Weg an die Wasserkante Beschwerden zum Trotz zu Fuß zurückgelegt haben; besonders erische Kameraden haben hierin eine glänzende sportliche ng vollbracht.

it 9 Uhr hat die Zentrale des Hamburger Bundestages im Ge- chaftshaus zu arbeiten begonnen. Dort findet jeder Ankömmling und Schutz. Die Quartiere sind fast durchweg von Privaten t worden. **Etwa 100 000 Reichsbannerleute** werden so republiktreuen Hamburger Bürgern gastfreundlich aufgenommen. mittag ½12 Uhr trifft der Bundesvorstand des Reichs- ers aus Magdeburg und nachmittags um 5 Uhr die 500 Mann Abordnung des Deutsch-Oesterreichischen Republi- schen Schutzbundes aus Wien in Hamburg ein. Heute abend finden in allen Stadtteilen Fackelzüge und Begrüßungs- versammlungen statt, in denen Mitglieder des Reichsausschusses die Bedeutung des festlichen Tages würdigen.

Die österreichischen Teilnehmer in Berlin.

Begrüßungsansprache des Reichstagspräsidenten Loebe.

Auf der Durchfahrt nach Hamburg, wo das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold heute und morgen den zweiten Jahrestag seiner Gründung feiert, trafen heute früh fünfhundert Kameraden vom österreichischen Republikanischen Schutzbund auf dem Anhalter Bahnhof ein. Die Schatten der langen Reise lagen auf den Gesichtern der österreichischen Kameraden, aber kaum ertlangen die Kommandos, klappte der Aufmarsch tadellos. Reichstagspräsident Löbe begrüßte die österreichischen Gäste mit einer Ansprache, in der er ausführte: Ihr Oesterreicher habt schon vor uns den Schutz eures Freistaates in eure feste Hand genommen. Heute ist auch die Republik im Reiche nicht mehr bedroht. Die Fürstenauseinandersetzung kompromittiert mehr als alles andere das zusammengebrochene alte Regime. — Für die österreichischen Kameraden antwortete der Vizebürgermeister von Wiener Neustadt, Pächler: Für uns Oesterreicher ist Berlin nicht die Hauptstadt Deutschlands, sondern die Hauptstadt der Deutschen, deren nationale Einheit Mißgunst der Fürsten so lange verhindert hat. — Die Kameraden vom österreichischen Republikanischen Schutzbund zogen sodann nach Schloß Bellevue, von wo sie nach Imbiß und kurzer Rast nachmittags nach Hamburg weiterfahren.

Die Francsbaisse.

Der tiefste Stand, der jemals verzeichnet wurde.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 20. Februar.

er **Franc hat heute den tiefsten Stand erreicht, der je s verzeichnet wurde. Gegen Mittag wurde das eng- e Pfund mit 137,05 gehandelt.** Die Erklärung Doumers diese beunruhigende Erscheinung hat nicht alle Politiker und nzleute überzeugt. Daß die Hausse von New-York und von sterdam ausgegangen ist, wie der Finanzminister meint, öglich, und daß die unglaublich konfuse Behandlung der anzfragen in der Kammer Mißtrauen im Ausland er- hat, ist gewiß. Aber mit dieser Tatsache allein wird das Sinken Franc nicht zu erklären sein. Es muß noch andere als nur gefühls- ge Gründe für eine wirtschaftliche Erscheinung geben, was sich die allgemeine Lage Frankreichs nicht rechtfertigen läßt. en Romier, der früher die „Journée industrielle" geleitet und jetzt politischer Chefredakteur des „Figaro" ist, er die klügsten Köpfe des heutigen Frankreichs, schreibt: Doumer Finanzminister wurde, kauften die fremden rkte Francs, weil dem neuen Mann Sachkenntnis und igkeit nachgerühmt wurde, und das Prestige Briands eine Ge- r für die Dauer einer gesunden Finanzpolitik gab. Die Börse optimistisch; wieder einmal nährte man die Hoffnung mit nungen. Man hätte recht gehabt, wenn die Finanzvorschläge Ernst, mit Mut und mit Ueberzeugung ohne politische Rücksicht ohne Eigenbrötelei der Parteien in Angriff genommen worden en. Es kam aber anders. Während die Folgen der letzten In- ion die Preise der Lebensbedürfnisse in die Höhe trieben und Schwierigkeiten täglich größer wurden, wurden die Debatten der Kommission und in der Kammer immer länger. Da war chließlich kein Wunder, daß die Francsbesitzer im Aus- nde ungeduldig wurden und ihre Vorräte ab- eßen. Jedesmal, wenn ein Bericht über eine Kommissions- ng erschien und die Kammer das Gegenteil beschloß, erhielt die sse des Francs einen neuen Stoß. Jetzt beschuldigt ein r den anderen, und aus einer finanztechnischen Schwierigkeit d eine politische Aktion. Ein schwerer Irrtum! Wenn ein ftwagen eine Panne hat, kann man ihn nicht mit Peitschen- ben vorwärts treiben und noch weniger mit guten Worten und sprechungen; man holt sich einen Mechaniker, der sich den nden besieht und die Karre wieder zum Laufen bringt. Oder nn ihr ein anderes Beispiel wollt: Wenn eine Industriegesell- aft in finanzieller Bedrängnis ist, so denkt sie nicht daran, ihre ahnten zu ändern, sondern sorgt zunächst einmal für Geld. Das iche müssen jetzt Kammer und Senat tun. Beschäftigt euch zuerst r mit der Staatskasse und mit nichts anderem. Uebernehmt die rantwortung für eure Beschlüsse vor dem Volk, ohne viel danach fragen, was das Volk dazu sagen wird. Das Volk wird Bravo gen, weil es den ernsten Willen sieht, es will aber keine Reden hr hören." Ob die Kammer geneigt ist, dem Rat zu folgen, ist ch sehr ungewiß. Schon wird eine Interpellation Renaudels er die Frage angekündigt, ob der Senat nach der Ver- ssung berechtigt ist, Finanzgesetze ohne die ammer zu beschließen. Wenn diese Frage zur Diskussion mmt, dann beginnt das Debattieren von neuem.

Paris, 20. Februar. (W. T. B.)

Die vom Verband der Klein- und Mittelkaufleute und Indu- riellen in Frankreich beschlossene Schließung aller Ge- schäfte und Betriebe als Protest gegen die Steuer- rhöhungen wird am 26. Februar stattfinden und zwei Stunden auern.

Mißglückter Putsch gegen Pangalos.

Die Erklärung der Offiziersverhaftungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Belgrad, 20. Februar.

Hiesige Blätter bringen die Erklärung zu den Athener Meldungen über die Deportation von Papanastasius, Kondylis und anderen Oppositionsführern. Danach handele es sich um einen **mißglückten Putschversuch der Opposition gegen Pangalos.** Der Plan, dessen Diktatur zu beseitigen, sei geschickt vorbereitet gewesen. Die Verschwörer hätten, gestützt auf die Popularität, die der frühere Kriegsminister Kondylis im Heer genießt, Pangalos über Nacht erledigen wollen, aber die Polizei habe die Verschwörung im letzten Moment entdeckt. Die angesehensten Persönlichkeiten, so wird weiter gemeldet, die zur Opposition gehören, wurden sofort verhaftet, auch General Kondylis, und so wurde der Plan vereitelt. Pangalos, der zur Aufrechterhaltung seiner absolutistischen Macht kein Mittel scheut, verschickte darauf Kondylis, den verdienstvollsten und besten Soldaten Griechenlands, ins Gefängnis nach einer Insel des Dodekannes, wo nicht nur von seinen Freunden, sondern von der ganzen Welt abgeschnitten ist. Gegen Plastiras, mit dem Pangalos den Aufstand gegen Konstantin gemacht hatte, ging er ebenso vor. Plastiras soll aber auf serbisches Gebiet geflüchtet sein. Die Verhängung des Belagerungszustandes begründet Pangalos damit, daß einige revolutionäre Parteien und Leute, die, von dem „Friedensgeist der Regierung" ermutigt, zu Gewaltmitteln gegriffen hätten, um den heutigen Zustand zu ändern. Pangalos will weiterhin gegen solche Bestrebungen radikale Mittel ergreifen. Er geht namentlich gegen den venizelistischen Block vor. Die Häuser der Venizelisten werden umstellt und durchsucht. Die Polizei fahndet nach Kaphandaris und Michalokopulos, um auch sie auf eine Insel zu deportieren.

Paris, 20. Februar. (W. T. B.)

Havas berichtet aus Athen: Der frühere Ministerpräsident Kaschandaris ist ersucht (!) worden, Athen zu verlassen und auf der Insel Santorin Aufenthalt zu nehmen. Er werde wahrscheinlich noch heute die Stadt verlassen.

13 Todesurteile in Moskau.

Der estnische Spionageprozeß.

Moskau, 19. Februar. (Telegraphen-Agentur der Sowjetunion.)

Nach dreiwöchiger Verhandlung verurteilte heute das Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes 13 Angeklagte wegen Militärspionage zugunsten Estlands und wegen Vorbereitung von Sprengstoffattentaten auf dem Boden der Sowjetrepublik zum Tode. Insgesamt waren wegen dieser Verbrechen 48 Personen angeklagt, zum größten Teil ehemalige zaristische oder Judenitschoffiziere.

Friedensmiete erst am 1. Juli.

Ein Beschluß des Steuerausschusses.

Der Steuerausschuß des Reichstags beriet heute über den Antrag, die **Heraufsetzung der gesetzlichen Miete** von Reichswegen auf hundert Prozent vom 1. April 1926 bis zum 1. April 1927 hinauszuschieben. Nach eingehender Erörterung der wirtschaftlichen und finanziellen Tragweite des Antrages wurde beschlossen, die für die Hauszinssteuer maßgebenden Vorschriften, die am 1. April 1926 in Kraft treten sollten, insbesondere auch die Erhöhung der gesetzlichen Miete auf hundert Prozent, **erst am 1. Juli 1926** in Kraft treten zu lassen.

Die städtische Offerte an die Hochbahnaktionäre.

100 Prozent inklusive oder exklusive Dividende? — Umtausch in eine 7½ prozentige Stadtanleihe. — Komplizierte Finanzierungsfragen. — Noch keine Einigung zwischen der Stadt und der Deutschen Bank.

We. Wie wir im Morgenblatt ankündigten, hat heute vormittag eine Sitzung der gemischten Berliner Stadtdeputation stattgefunden, in der ein Kauf- bzw. Tauschangebot der Stadt Berlin an die Aktionäre der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen (Hochbahngesellschaft) in Berlin zum Beschluß erhoben worden ist. Die Stadt bietet den Aktionären den Umtausch von je 1000 RM. Hochbahnaktien je 1100 Reichsmark 7½prozentige Berliner Stadtobligationen an. Sie glaubt, mit dieser Offerte den Hochbahnaktionären einen angemessenen Preis zu bieten, und hofft wohl auch mit ihrer Hilfe in den Besitz der Hochbahnmajorität zu kommen. Die Verhandlungen mit der Deutschen Bank, die als Treuhänder der unabhängigen Hochbahnaktionäre fungiert, sind aber — darauf muß von vornherein hingewiesen werden — noch nicht abgeschlossen. Soweit wir unterrichtet sind, hält die Deutsche Bank bzw. die Hochbahnverwaltung die jetzt vorgelegte Offerte für unzureichend. Ihr Standpunkt, soweit wir ihn kennen, soll weiter unten dargelegt werden. Zunächst das Communiqué, das die Stadt Berlin heute mittag veröffentlicht:

„Ueber die Finanzierung der A. E. G.-Schnellbahn hat die hierfür gebildete gemischte Deputation der städtischen Körperschaften in den letzten Wochen wiederholt und eingehend beraten. Da die Aufnahme ausländischer Anleihen durch die Stadt selbst für diesen Zweck durch die Aufsichtsbehörden und die Beratungsstelle beim Reichsfinanzministerium nicht genehmigt wird, so kann die neue Schnellbahn nur in Verbindung mit einer der vorhandenen Schnellbahngesellschaften finanziert werden, also entweder mit der Nordsüdbahn A.-G., deren Anteile ganz überwiegend der Stadt gehören, oder mit der Gesellschaft für Hoch- und Untergrundbahnen, an welcher die Stadt bekanntlich mit mehr als ein Viertel des Aktienkapitals beteiligt ist. Als die glücklichste Lösung wurde allgemein eine Verbindung aller Berliner Schnellbahnen anerkannt, d. h. die Zusammenfassung der städtischen Schnellbahnen und der Nordsüdbahn mit der Hochbahngesellschaft. Eine solche Zusammenfassung würde zugleich die beste Regelung und Verteilung des Gesamtverkehrs möglich machen. Das setzt aber voraus, daß die privaten Aktionäre der Hochbahngesellschaft von der Sorge befreit werden, daß die Stadt in der Hochbahn eine ihre Interessen schädigende Politik durchführen werde. Es ist eine Zeitlang erwogen worden, dies dadurch zu erreichen, daß die Stadt den privaten Aktionären eine feste Dividende garantiere, die unter Umständen bei steigendem Verkehr sich ebenfalls erhöhen könnte. Dieser Weg hat sich jedoch für die Stadt als ungangbar erwiesen, da große Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung grundsätzliche Bedenken gegen eine, noch dazu in ihrer Höhe ungewisse Dividendengarantie hatten. Magistrat und gemischte Deputation haben deshalb beschlossen, den privaten Aktionären der Hochbahn der Umtausch ihrer Aktien in festverzinsliche Stadtobligationen anzutragen. Der Magistrat hat der Deutschen Bank als der Vertreterin der privaten Aktionäre den Umtausch derart angeboten, daß für jede Aktie von eintausend Mark Nennwert eintausendeinhundert Mark einer neuen siebeneinhalbprozentigen Stadtanleihe hingegeben werden. Das Angebot würde den Aktionären in der Verzinsung mehr geben, als die Gesellschaft voraussichtlich auf die Dauer an Dividende verteilen kann; auch im Kurse bedeutet das Angebot erheblich mehr als der Kurswert der Aktien ausmacht, der bekanntlich in letzter Zeit schon erheblich angezogen hat, und in welchem noch sechs bis sieben Prozent Dividende für 1925 enthalten sind. Die Anleihe würde auf Goldmark abgestellt werden und frühestens nach fünf Jahren konvertierbar sein. Ihre Tilgung würde voraussichtlich mit jährlich zweieinhalb Prozent erfolgen, also in zwanzig Jahren durchgeführt sein. Der Magistrat hat gleichzeitig beschlossen, da die Klarstellung der Finanzierung der A. E. G.-Bahn die Voraussetzung bildet für die Zuschüsse und Darlehen aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge, die Deutsche Bank um die beschleunigte Herbeiführung einer Entscheidung zu bitten. Für den Fall einer Ablehnung soll der Stadtverordnetenversammlung vorgeschlagen werden, das Aktienkapital der Nordsüdbahn A.-G. zu erhöhen und den Rest der für den Bau der A. E. G.-Bahn erforderlichen Beträge durch eine Anleihe der Nordsüdbahn unter Mitwirkung der Straßenbahn zu gewinnen."

Wir haben kürzlich schon darauf hingewiesen, daß einer der wichtigsten äußeren Anläße, die zu dieser Offerte geführt haben, die Finanzierungsfrage für den Bau der A. E. G.-Schnellbahn ist. Diese Annahme wird jetzt durch die Stadt bestätigt. Allerdings wird mehr ein formeller Gesichtspunkt betont als das innere Motiv, das wir mit dem Hinweis auf die Konsortialführung der Deutschen Bank bei den kommenden städtischen Anleihegeschäften in den Vordergrund gerückt haben. Sicherlich wird die Entwicklung früher oder später zu einer Zusammenfassung der sämtlichen Berliner Verkehrsinteressen in städtischer Hand führen. Das ist aus kommunalpolitischen Gründen auch durchaus wünschenswert. Deshalb darf man es begrüßen, wenn nach den erbitterten Aktienkämpfen der letzten Monate jetzt endlich, in erster Linie wohl auf die Initiative des Oberbürgermeisters Böß, eine substantiierte Offerte an die unabhängigen Hochbahnaktionäre gemacht wird. Wenn es glückt, ihr zur Annahme zu verhelfen, was allerdings in ausreichendem Umfang nur mit einer Empfehlung der Hochbahnverwaltung und der Deutschen Bank möglich ist, so würde dieses Ziel nahezu erreicht sein, denn mit der Inbesitznahme der Hochbahngesellschaft erlangt die Stadt auch die Majorität der Aboag (Allgemeine Berliner Omnibus Akt.-Ges.), von der ungefähr ein Kapitaldrittel im Hochbahnportefeuille liegt.